

Was die Initiative will – und was ein Ja bedeuten würde

Thun Am 13. Juni entscheiden die Stimmberechtigten über die Zonenplaninitiative. Worauf zielt das Volksbegehren ab? Welche Folgen hätte ein Ja? Wir beantworten die wichtigsten Fragen.

Gabriel Berger

1 Was fordert die Initiative?

Hinter der sogenannten Thuner Zonenplaninitiative (ZPI) steht gemäss Initiativtext folgendes Begehren: «Die heutige Grünfläche (Parzelle Nr. 3308), die im aktuellen Zonenplan der Stadt Thun der Zone für Arbeiten A zugeordnet ist, wird der Zone für Sport- und Freizeitanlagen zugeteilt.» Bei der fraglichen Parzelle handelt es sich um die Fläche zwischen der Autobahn A6, dem Fussballfeld des FC Lerchenfeld und der Allmendstrasse im Gebiet Zöllhaus im Lerchenfeldquartier.

Geht es nach der Stadt Thun, verbleibt die Grünfläche inklusive der nördlich angrenzenden Wohnhäuser auch im neuen Zonenplan nach der Ortsplanungsrevision in der Zone für Arbeiten.

2 Welches Ziel haben die Initiantinnen und Initianten?

Die Köpfe hinter der ZPI wollen die Grünfläche für sportliche, allenfalls auch kulturelle oder weitere Zwecke aus dem Bereich Freizeit sichern. Stephan Stauffer, einer der Initianten, sagte anlässlich des Streitgesprächs in dieser Zeitung, dass auf der Parzelle eine Mehrzweckhalle realisiert werden könnte. Die Initianten berufen sich dabei auf das Thuner Sportleitbild, wonach der Bevölkerung ein ausreichendes, zeitgemässes Angebot an Sportanlagen angeboten werden solle. «Der Bedarf an zusätzlichen Sportfeldern und Sporthallen ist seit Jahren vorhanden», wird das Komitee in der Abstimmungsbotschaft zitiert.

Auf der anderen Seite haben die Befürworter der ZPI nie einen Hehl daraus gemacht, dass sie mit dem Volksbegehren den auf der Fläche geplanten regionalen Abfallsammelhof mit Recyclingcenter der AG für Abfallverwertung (Avag) und der Stadt Thun verhindern wollen. Die Idee eines solchen Sammelhofs existiert bereits seit dem Jahr 2006.

3 Wer sind die Urheber des Anliegens?

Die ZPI wurde von einem elfköpfigen Komitee aus direkt oder indirekt betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern aus dem Lerchenfeld lanciert. Sie starteten ihre Unterschriftensammlung im August 2019. Kurz vor Weihnachten desselben Jahres überreichte das Komitee dem Thuner Stadtschreiber leicht mehr als die 1600 nötigen Unterschriften.

4 Wer kämpft für die Vorlage?

Nebst dem Initiativkomitee setzt sich der Lerchenfeld-Leist offiziell für ein Ja zur ZPI am 13. Juni ein, wie Präsident Roland Götz auf Anfrage bestätigt. Zustimmend äussert sich auch der FC Lerchenfeld: «Sollte das Abstimmungsresultat für eine Zonenplanänderung in eine Zone für Sport- und Freizeitanlagen posi-



Diese Grünfläche im Lerchenfeld zwischen der A6, dem Fussballfeld des FC Lerchenfeld (rechts) und der Allmendstrasse (hinter Fussballfeld) soll nach dem Willen der Verantwortlichen der Zonenplaninitiative in eine Zone für Sport und Freizeit umgezont werden. Foto: Christoph Gerber

tiv ausfallen, würde dies der FC Lerchenfeld begrüssen», hat der Verein jüngst mitgeteilt. Eine Umzonung würde eine allfällige Erweiterung der Trainingsmöglichkeiten für die Zukunft offenhalten.

Support erfährt die ZPI ausserdem vom Dachverband Sport Thun, der rund 100 lokale Sportvereine vertritt. «Unsere Unterstützung geschieht im Interesse des Breitensports», erklärt Präsidentin Sandra Ryser auf Anfrage. Mit einem Ja blieben alle Optionen für eine Sportanlage auf dieser Fläche erhalten.

5 Wer kämpft gegen die Vorlage?

Die Thuner Politik stellt sich geschlossen gegen die Zonenplaninitiative. Der Gemeinderat hatte sein Nein im März bekannt gegeben; er verzichtete auch darauf, dem Parlament und dem Stimmvolk einen Gegenvorschlag zu unterbreiten. In seiner März Sitzung folgte der Stadtrat der Regierung und lehnte die ZPI gleich mit 38 zu 0 Stimmen ab. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen stellten unter anderem die Notwendigkeit einer Sportanlage an diesem Standort infrage – zumal der Grundriss der Parzelle nicht ideal sei. Auf der anderen Seite sei die Notwendigkeit für einen neuen Abfallsammelhof erwiesen und das vorliegende Projekt das bestmögliche.

Von den Thuner Ortsparteien, die bislang ihre Parolen zur kommunalen Abstimmungsvorlage bekannt gegeben haben, lehnen alle die ZPI ab: Es sind dies die BDP, die CVP, die EDU und die SVP.

6 Weshalb wird der Sammelhof nicht anderswo gebaut?

An dieser Frage scheiden sich die Geister. Aus Sicht des Initiativko-

mitees sollte der neue Abfallsammelhof, dessen Berechtigung nicht bestritten wird, «an einer besser erschlossenen Stelle gebaut werden, zum Beispiel in unmittelbarer Nähe der Kehrtrichter-Verbrennungsanlage an der Allmendstrasse». Dies mache umwelttechnisch und logistisch Sinn. So wird das Ja-Lager in den Abstimmungsunterlagen zitiert.

Die Gegner der Initiative betonen dagegen, dass sich während der Evaluation der Standorte gezeigt habe, dass die Parzelle im Lerchenfeld punkto Grösse, Zonenkonformität, Grundeigentum und Erschliessungsmöglichkeit für den geplanten Sammelhof am geeignetsten sei. «Vor allem die zu geringe Grösse der Parzelle und der fehlende Verhandlungswille der Grundeigentümer waren Gründe, verschiedene Standorte auszuschliessen», heisst es in den Abstimmungsunterlagen. Und: «Die Arbeitszone im Lerchenfeld ist der einzige Standort, der alle Anforderungen erfüllt.» Die Armasuisse als Grundeigentümerin sei bereit, die Parzelle im Baurecht an die Avag abzugeben.

7 Welche Folgen hätte der Sammelhof fürs Lerchenfeld?

In einem 67-seitigen Umweltverträglichkeitsbericht der auf solche Fragen spezialisierten Firma Tensor AG hielten die Autoren im Sommer 2019 fest, dass die neue Anlage «alle gesetzlichen Vorschriften» zum Schutz der Umwelt erfülle. Punkto Luftqualität würden die Schadstoffemissionen der Fahrzeuge und Maschinen innerhalb des Sammelhofs und des Verkehrs ausserhalb des Areals «nur zu sehr geringen zusätzlichen Immissionen» führen. Auch die Lärmbelastung während des Betriebs der Anlage liege unter den

gesetzlichen Grenzwerten. Lügen die angrenzenden Wohnhäuser indes in einer reinen Wohn- und nicht in einer Arbeitszone, würden die Lärm-Grenzwerte überschritten.

Unbestritten ist, dass die geplante Anlage auf der noch auszubauenden Flugplatzstrasse Mehrverkehr generieren würde. Das Initiativkomitee rechnet mit «rund 600 Autos und 40 Lastwagen pro Tag». Die engen Platzverhältnisse am heutigen Standort des Sammelhofs an der Militärstrasse sind denn auch einer der wichtigsten Gründe für den vorgesehenen Neubau. Zum Vergleich: Die Kundenfrequenzen haben sich von 25'000 auf 76'000 Personen pro Jahr erhöht.

8 Wie steht es um die Erschliessung?

Im vergangenen Herbst machte die kantonale Bau- und Verkehrsdirektion (BVD) zwei Entscheide von Marc Fritschi rückgängig. Der Thuner Regierungstatthalter hatte sowohl für den Ausbau der Flugplatzstrasse als auch für den Bau des Abfallsammelhofs die Bewilligung erteilt. Die BVD piff den Statthalter zurück, da die geplante Zufahrt zum künftigen Abfallsammelhof durch eine Zone für Sport und Freizeit «zonenfremd» sei. In der Folge kündigte die Stadt Thun den Erlass einer Erschliessungsüberbauungsordnung (ÜO) an.

Um das Verfahren der erwähnten ÜO sauber abwickeln zu können, hat die Stadt die beiden Parzellen mit der heutigen Grünfläche sowie der benachbarten Sportanlagen der Genossenschaft Waldeck (FC Lerchenfeld) von der laufenden Ortsplanungsrevision ausgenommen. Anlässlich der Behandlung der ZPI im Stadtrat hielt der Thuner Gemeinderat fest: «Auch bei einer

Annahme der Initiative ist für die Sanierung der Flugplatzstrasse und die Erschliessung der Parzelle Nr. 3308 eine Überbauungsordnung in angepasster Form erforderlich.»

9 Was passiert bei einem Ja?

Wird die Zonenplaninitiative durch das Thuner Stimmvolk angenommen, hätte dies zur Folge, dass der regionale Abfallsammelhof nicht auf dieser Parzelle erstellt werden könnte. Im Übrigen müsste das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) darüber entscheiden, ob eine Umzonung rechtmässig ist – dies nicht zuletzt deshalb, weil bei der öffentlichen Auflage der ZPI im letzten August zwei Einsprachen von der Avag und der Armasuisse eingingen, die noch nicht bereinigt sind. Das AGR könnte nach einem Ja Auflagen und Bedingungen verfügen.

Der Betrieb des heutigen Sammelhofs an der Militärstrasse würde laut Gemeinderat «auf unbestimmte Zeit» weitergehen. Weil vom Kanton geforderte sicherheitstechnische Anforderungen schwer zu erfüllen wären, rechnet der Gemeinderat für dieses Szenario mit «erheblichen Investitionen». Wie rasch die Arbeiten an der Erschliessungs-ÜO nach einem Ja vonstatten gingen, ist laut Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) eine «politische Frage». Der Druck wäre laut Lanz aber sicher kleiner.

10 Was passiert bei einem Nein?

Für den Fall, dass die ZPI abgelehnt wird, ist die geforderte Umzonung respektive Zonenplanänderung hinfällig. Somit würden die beiden Baubewilligungsverfahren, die nach den Entscheiden der BVD (vgl. Punkt 8) ins Stocken geraten sind, wieder aufgenommen und weitergeführt.

Jürg Marti tritt aus dem Grossen Rat zurück

Steffisburg Im Juni nimmt der Steffisburger Gemeindepräsident ein letztes Mal an der Session des Kantonsparlamentes teil.

Dass Jürg Marti (SVP) Ende Jahr als Gemeindepräsident von Steffisburg abtreten wird, ist bekannt. Nun hat er sich entschieden, auch sein Mandat im Grossen Rat abzugeben, das er seit 2020 innehatte. Ob er diesen Schritt machen würde, hatte Marti bisher offengelassen.

«Ich habe festgestellt, dass mir die Rolle des Exekutivpolitikers, wie ich sie als Gemeindepräsident innehabe, mehr entspricht als die Funktion in der Legislative», erklärt Marti seinen Entscheid. «Ich bin im Grossen Rat deshalb nie ganz angekommen.» Ausserdem möchte er sich bis Ende Jahr noch ganz auf seine Rolle in der Gemeinde Steffisburg konzentrieren – und ab Anfang 2022 frei sein für neue Aufgaben. «Meine Zukunft sehe ich in der Privatwirtschaft», so der Politiker. Er habe im Grossen Rat wertvolle Erfahrungen machen und Kontakte knüpfen dürfen.

Ab dem 7. Juni wird Marti ein letztes Mal an der Session des Grossen Rates teilnehmen. Sein Austritt erfolgt per 30. Juni. Zur Frage nach Martis Nachfolge erfolgte vom Kanton am Donnerstag keine Rückmeldung. (jzh)



Steffisburgs Gemeindepräsident Jürg Marti (SVP). Foto: PD/A. Maurer

Thomas Bieri rückt nach

Stadtrat Thun Der 48-jährige übernimmt den Sitz der zurückgetretenen SVP-Stadträtin Barbara Klossner.

Die Thuner Stadträtin Barbara Klossner (SVP) hat im Parlament ihre Demission eingereicht und am 6. Mai letztmals an einer Sitzung des Stadtrats teilgenommen. Dies teilt die Stadt in einem Communiqué mit. Für Klossner rückt Thomas Bieri (SVP) ins Parlament nach. Er erklärte sich bereit, das Amt anzutreten. Der Gemeinderat hat den 48-jährigen Treuhänder mit eidgenössischem Fachausweis für gewählt erklärt. Die Wahl gilt bis zum Ablauf der Legislatur Ende 2022.

Thomas Bieri wird am 24. Juni erstmals an einer Stadtratssitzung teilnehmen. Die Sitzung vom 3. Juni ist mangels Traktanden abgesagt worden. (pd)



Thomas Bieri (SVP). Foto: PD